

# Pressemitteilung



32/2001

München, den 22.10.01

Bayerischer Lehrer -  
und Lehrerinnenverband

Postfach 150209  
80042 München

Bavariaring 37  
80336 München

Tel.: (089) 721001 -29  
Fax: (089) 721001 -55  
presse@blv.de

[www.blv.de/aktuelles/presse](http://www.blv.de/aktuelles/presse)

Pressereferat:  
Andrea Schwarz

## Burnout und Depression an der Tagesordnung

Erstmals in Deutschland fand am Wochenende auf Initiative des BLLV ein Expertengespräch zum Thema Arbeitsbelastung an Schulen statt

München – Erstmals in Deutschland traf sich am Wochenende auf Initiative des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV) in München Arbeitsmediziner, Psychologen, Wissenschaftler, Repräsentanten von Lehrerorganisationen und Politiker zu einem Gespräch zum Thema „Arbeitsbelastung an den Schulen“. Mehrere vorgestellte Studien belegten, dass sich bei Lehrern psychische Leiden in auffälliger Weise häufen, die nicht länger hinnehmbar ist. Rund 50 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer in Deutschland müssen aus gesundheitlichen Gründen zwangspensioniert werden. Von diesen leiden etwa 50 Prozent an einer seelischen Gesundheitsstörung wie Burnout oder Depression. Gefordert wurden geeignete Maßnahmen zur Prävention, vor allem Politikern müssten sich des nach wie vor tabuisierten aber dennoch immer drängender werdenden Problems annehmen und endlich handeln.

Der Erlanger Arbeitsmediziner Andreas Weber regt die Bildung von Netzwerken an, um die bundesweite Aktivität der Wissenschaftler zum Thema Arbeitsbelastung in der Schule zu bündeln. „Schule kann krank machen“ – so sein Fazit. Eine gesunde Schule mit ungesunden Lehrern könne es nicht geben, deshalb dürfe das Problem nicht länger verleugnet werden. Weber regt die „Gründung eines Bayerischen Instituts für Lehrgesundheit“ an. Ziel dieses Instituts sei effektive Präventionsmaßnahmen zu entwickeln, um die Arbeitsbelastung in der Schule zu verringern. Prävention müsse alle Betroffenen „in ein Boot holen“, sich auf gesicherte Erkenntnisse stützen, machbar und akzeptabel, sowie effektiv und effizient sein.

Die Teilnehmer der Tagung waren sich einig, dass die Arbeitsbelastung in den Schulen in den letzten Jahren deutlich gestiegen sei. Ursachen seien unter anderem eine Zunahme der Zahl der schwierigen und verhaltensauffälligen Schüler, zu große Klassen und eine zu hohe Zahl an Unterrichtsstunden. Hinzukäme ein deutlich gesteigertes Druck der Öffentlichkeit auf Schulen und die ständige Erweiterung der Aufgaben der Lehrerinnen und Lehrer. Die Teilnehmer sprachen sich vor allem für den Ausbau der Schulsozialarbeit und der mobilen sonderpädagogischen Dienste aus, die Schaffung qualifizierter Stütz- und Beratungseinrichtungen sowie einer differenzierten sozialmedizinischen Untersuchung. Die öffentliche Verwaltung wurde aufgefordert, ein Interventions- und Präventionsprogramm für Lehrkräfte mit gesundheitlichen Problemen zu entwickeln. Der volkswirtschaftliche Schaden in Milliardenhöhe, der aus vorzeitiger Dienstunfähigkeit und hohen Krankheitszeiten entsteht, sei



nichtakzeptabel. Die Wissenschaftler fordern tendenziell eine umfassende Bereitstellung finanzieller Mittel für eine umfassende Untersuchung der Arbeitsbelastung in der Schule. Bislang haben sämtliche Studien selbst finanzieren müssen.

BLLV-Chef Albin Dannhäuser erklärte bei der Tagung: „Es muss verhindert werden, dass der Lehrerberuf ein unattraktiver Verschleißberuf wird.“ Betroffene Lehrkräfte bräuchten dringend Hilfe, damit sie in ihrem Beruf weiterarbeiten könnten. Feststehe – und das zeigtensämtliche Fachanalysen – dass die Arbeitsbelastung an den Schulen in bedenklichem Maße zugenommen habe. Dies habe auch unmittelbaren Einfluss auf die Qualität von Schule. „Lehrerinnen und Lehrer sind nicht weniger oder mehr belastbar als andere Berufsgruppen“, betonte Dannhäuser. Allerdings hätten sich bei Lehrerinnen und Lehrern die Arbeitsbedingungen massiv verschlechtert, ohne dass Gesellschaft und Politik darauf reagiert hätten. Notwendig sei nicht nur Präventionsprogramme zur Verhinderung krankheitsbedingter Zwangspensionierungen, sondern auch schulpolitische Maßnahmen. So seien beispielsweise die Absenkung der Klassenhöchstgrenze, die Schaffung eines Stundenpools und die Entwicklung kreativer Arbeitszeitmodelle erforderlich.